

Daehre-Kommission „Zukunft der Verkehrs- infrastrukturfinanzierung“

Die Verkehrsministerkonferenz der Länder hat eine Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ eingesetzt mit dem Ziel der Erstellung einer Bestandsaufnahme der Verkehrsinfrastruktur und der Finanzierungsmechanismen in Deutschland. In einem weiteren Schritt wird die Kommission Möglichkeiten zur Veränderung von Finanzierungsmöglichkeiten erarbeiten. Vorsitzender dieser Kommission ist Dr. Karl-Heinz Daehre, Minister a.D..

Vor Kurzem fand eine Anhörung zum Teilaspekt Binnenschifffahrtswege und Seehäfen statt, an der auch der ZDS teilnahm.

Dabei machte der Hauptgeschäftsführer des ZDS die Positionen des ZDS zum aktuellen Stand der Finanzierung der Bundeswasserstraßen deutlich. Er betonte, dass die Anbindung der deutschen Seehäfen eine nationale Aufgabe sei und verwies auf die Koalitionsvereinbarung, den Aktionsplan Güterverkehr und Logistik, das Nationale Hafenkonzzept und die Nationalen Maritimen Konferenzen.

Er stellte fest, dass der Verkehrsträger Wasserstraße unterfinanziert sei. Der Fehlbetrag liege bei ca. 600 Mio. Euro im Jahr. Zur Schließung dieser Finanzierungslücke könnte der Plafond entweder in sich priorisiert oder durch Mehreinnahmen erhöht werden. Er sprach sich für eine Priorisierung der Projekte nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung mit Schwerpunkt Seehafenanbindungen aus.

Die Erhebung zusätzlicher Nutzerentgelte auf Bundeswasserstraßen lehnte er ab, solange keine EU-einheitlichen Regelungen für die Nutzung der Wasserwege einschließlich des

Rheins bestehen. Eine einseitige nationale Einführung von Nutzerentgelten für die seewärtigen Zufahrten der deutschen Seehäfen hätte gravierende Wettbewerbsnachteile zur Folge.

Im Hinblick auf das politische Ziel der Vollkostendeckung bei der Nutzung von Transportwegen dürften die Wasserstraßen angesichts ihrer Kapazitätsreserven gegenüber den Landverkehrsträgern keine Vorreiterrolle übernehmen. Vielmehr sei ein umfassendes Gesamtkonzept für alle Verkehrsinfrastrukturfinanzierungssysteme in der EU erforderlich.

Im Übrigen dürften Mehreinnahmen aus Nutzerentgelte nicht zu einer gleichzeitigen Senkung des Steueranteils führen.

Die Daehre-Kommission wird ihre Vorschläge voraussichtlich Ende des Jahres vorlegen.